



über die 1. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 7. Dezember 2004
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Herr Klanke
Frau Mann

Ratsmitglieder CDU

Herr Eisenhardt
Frau Scharrenbach
Herr Weber

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Möller

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann
Herr Kusber
Herr Reinholz
Frau Sändker
Herr Theis
Herr Witsch

Beratende Mitglieder

Herr Brumberg
Herr Krampe
Herr Reckers (ab TOP 5)
Herr Reinholz
Herr Ritter
Herr Treese
Herr Welker

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Dunker
Herr Evers
Herr Peske

entschuldigt fehlten

Herr Faß
Herr Hinterseer
Herr Kampmann
Herr Kemna
Frau Dr. Krumme
Herr Töpfer
Herr Wecker
Frau Werner

Frau **Dyduch** eröffnete die Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die anwesende Presse. Sie stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es wurde nach folgender Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder	
2.	Wahl der Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses	276/2004
3.	Entwicklung der Heim- und Familienpflegekosten in den Jahren 1996 - 2004	275/2004
4.	Gewährung von Mitteln zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2004 hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	214/2004
5.	Gewährung eines Zuschusses zu den Betriebskosten der TOT der Kath. Kirchengemeinde "St. Marien Kaiserau"	278/2004
6.	Bericht über die Ferienaktionen 2004	
7.	Beratung des Haushalts des Jugendamtes 2005	
8.	Einrichtung von Not-/Hilfe-Inseln für Kinder im Stadtgebiet hier: Antrag der SPD-Fraktion	
9.	Tagesbetreuungsausbaugesetz hier: Sachstandsbericht	
10.	Offene Ganztagsgrundschule hier: Sachstandsbericht	
11.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder

Frau **Dyduch** bat die Mitglieder sich zu erheben und verlas den entsprechenden Text zur Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder für die neue Legislaturperiode.

Zu TOP 2.

276/2004

Wahl der Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses

Herr **Weber** übernahm als ältestes Ratsmitglied den Vorsitz und ließ über die Wahl des/der Vorsitzenden und dessen Stellvertreter/in abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss wählt zur Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses:

Vorsitzende:	Frau Marion Dyduch
stellv. Vorsitzende:	Frau Ina Scharrenbach

Abstimmungsergebnis: mit 2 Enthaltungen einstimmig angenommen

Frau **Dyduch** übernahm als neue Vorsitzende wieder den Vorsitz und bedankte sich für das in sie gesetzte Vertrauen. Sie würdigte die bisherige gute Zusammenarbeit im Jugendhilfeausschuss.

Zu TOP 3.

275/2004

Entwicklung der Heim- und Familienpflegekosten in den Jahren 1996 - 2004

Herr **Brüggemann** verwies zunächst auf inhaltliche Korrekturen der entsprechenden Mitteilungsvorlage und stellte allgemein die Wichtigkeit und den hohen Stellenwert der Jugendarbeit heraus. Er ging auf die wichtigsten Punkte der Vorlage ein und stellte zusammenfassend ein gutes Ergebnis aufgrund von niedrigen Fallzahlen fest.

Herr **Eisenhardt** bezeichnete die Vorlage als sehr verständlich und ausführlich dargestellt. Dabei stellte er die Frage, was sich hinter dem Begriff „Profi-Pflegefamilie“ verbirgt und ob dieses Angebot überhaupt in Anspruch genommen würde.

Herr **Peske** verglich die Profi-Pflegefamilie mit dem Projekt „Westfälische Pflegefamilie“ und bejahte die Nachfrage nach einem solchen Angebot.

Frau **Scharrenbach** stellte die Frage nach der veränderten Situation der älteren Kinder über 6 bzw. 14 Jahren und ob diese nicht eine Änderung des Systems erfordere.

Herr **Peske** stellte fest, dass für Kinder ab einem Alter von 6 Jahren kaum oder nur schwierig Pflegeeltern zu finden seien. Oft wäre eine Heimunterbringung die einzige Möglichkeit.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nahmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Zu TOP 4.

214/2004

Gewährung von Mitteln zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2004
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Herr **Brüggemann** erläuterte kurz das Verfahren, welches für die Verteilung der Mittel angewandt wurde. Eine differenzierte Verteilung der Mittel sei leider nicht möglich, welches unter anderem auch an der Formulierung in den Anträgen liegt.

Er stellte auch für das Jahr 2005 eine zu erwartende Förderung von ca. 5.200,00 € in Aussicht. Dabei bat er noch einmal eindringlich, die entsprechenden noch fehlenden Anträge einzureichen.

Herr **Ritter** fragte an, ob es generell bei einer Grundförderung von 250,00 € auch im nächsten Jahr bleiben würde und ob die Erläuterungen der einzelnen Maßnahmen nicht klarer sein könnten.

Herr **Brüggemann** wies noch einmal auf die sehr individuellen Formulierungen in den Anträgen hin und stellte klar, dass das einzige „Regelwerk“ für eine gerechte Verteilung der Mittel das Vertrauen in die Antragsteller sei. Er hoffe jedoch, dass die neu vorgelegten Anträge über eine pauschale Antragstellung hinaus differenzierter seien.

Anschließend wurde über das Beibehalten des bisher angewandten Verfahrens abgestimmt.

Beschluss:

Gem. § 60 Abs. 2 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen wird folgende Dringlichkeitsentscheidung gefasst:

Den antragstellenden Kirchengemeinden, Verbänden und Vereinen werden folgende Zuschüsse gewährt:

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Arbeiterwohlfahrt | 750,00 € |
| Aus- u. Umbau von Räumlichkeiten zu einer Schusterwerkstatt / einem Frisörladen | |
| 2. Evangelische Kirchengemeinde | 750,00 € |
| „Kindergarten für Tabata“ | |

- | | | |
|----|---|------------|
| 3. | Frauenplenum Kamen e.V.
Wochenend-Begegnungsfahrt „Erziehung -
Ein Kinderspiel? Und andere Fragen zum Alltag“ | 1.125,00 € |
| 4. | Katholische Kirchengemeinde „Heilige Familie“
Unterkunft für Waisenkinder aus Indonesien | 250,00 € |
| 5. | Katholische Kirchengemeinde „St. Marien Kaiserau“
Kinder- u. Jugendarbeit in Bolivien,
„Suppenküche“ für Straßenkinder | 500,00 € |
| 6. | Kolpingsfamilie Kamen
Kleidersammlungen, Wochenend-Seminar,
Eine-Welt-Projekt | 1.125,00 € |
| 7. | Zivilcourage für Kamen
Trilaterales Jugendtreffen in Polen und
Aktion „Fairer Handel“ | 400,00 € |
| 8. | Deutsch-Türkische Begegnungsstätte Kamen
Nachhilfeunterricht und Folkloregruppen, Fachbücher | 250,00 € |

Abstimmungsergebnis: mit einer Enthaltung einstimmig angenommen

Bevor Frau **Dyduch** zu TOP 5 überleitete, unterbrach sie kurz und stellte den verspätet eingetroffenen Herrn **Reckers** vor, der nachverpflichtet wurde.

Zu TOP 5.

278/2004

Gewährung eines Zuschusses zu den Betriebskosten der TOT der Kath. Kirchengemeinde "St. Marien Kaiserau"

Beschluss:

Der Kath. Kirchengemeinde „St. Marien“ Kamen-Methler ist für das Jugendfreizeitheim mit ToT ein Zuschuss in Höhe von **820,00 €** zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Bericht über die Ferienaktionen 2004

Herr **Dunker** gab einen Überblick über die Ferienaktionen 2004 und stellte die einzelnen Angebote kurz vor.

Frau **Dyduch** fragte nach, ob die Aktion „Mini-Kamen“ auch im kommenden Jahr angeboten wird.

Herr **Dunker** stellte diese Aktion als Sondermaßnahme heraus und bejahte gleichzeitig deren Fortführung.

Zu TOP 7.

Beratung des Haushalts des Jugendamtes 2005

Frau **Dyduch** stellte fest, dass es einige Neuerungen bezüglich des Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) geben werde, auf die Herr Brüggemann in seinem Folienvortrag detaillierter eingehen werde.

Herr **Brüggemann** sprach beim Verlassen der Kameralistik hin zum NKF von einer neuen Struktur, in der der Jugendhilfeausschuss nach wie vor ein wichtiges und steuerndes Gremium sein werde. Als wesentliche Änderungen im Haushalt 2005 nannte er die Reduzierung der Heimpflegekosten und die Veränderungen bei den Tagespflegekosten, der Erziehungsberatungsstelle und der Reduzierung der Mittel bei den jungen Volljährigen. Auch die Landeszuschüsse für Betriebskosten der Kindergärten würden sich verändern, was aber nicht zuletzt an den zurückgehenden Geburtenraten liege.

Herr Brüggemann stieg dann in seinen Folienvortrag ein und erläuterte zunächst die drei Produkte aus dem Produktbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Im Anschluss ging er auf ausgewählte Haushaltsansätze beispielhaft ein und erläuterte deren Zusammensetzung.

Weiterhin machte Herr Brüggemann deutlich, dass es keinerlei Reduzierung von bisherigen Zahlen aufgrund von NKF geben würde. Es sei vielmehr eine kontinuierliche Weiterentwicklung des „alten Haushaltes“.

Frau **Dyduch** bedankte sich für die ausführlichen Informationen und hielt diese aber auch in der Form für angebracht ob der grundlegenden Änderungen. Sie sah darin auch gleichzeitig eine Chance mit Blick auf die wachsende Flexibilität und unterjährige Steuerung der jugendpolitischen Schwerpunkte.

Frau **Scharrenbach** hob allgemein die Wichtigkeit der finanziellen Unterstützung des Jugendbereiches hervor und wies auf den auch weiterhin hohen Bedarf für die Kinder- und Jugendarbeit hin. Des Weiteren stellte sie die Frage, ob bei künftigen Spielplatzmaßnahmen die Werkstatt Unna wieder berücksichtigt würde, welches von Herrn **Brüggemann** bejaht wurde. Auch stellte sie die Frage, ob die Erziehungsberatungsstelle evtl. ein Online-Angebot anbieten könnte.

Frau **Möller** schloss sich den Ausführungen ihrer Vorredner an, meinte aber, dass die Zielvorgaben konkreter werden müssten. Sie begrüßte sowohl die allgemein ausbleibenden Kürzungen als auch die Erhöhung der Mittel für die Erziehungsberatung. Gleichzeitig bedauerte sie die Kürzungen der Landeszuschüsse für die Betriebskosten der Kindergärten.

Herr **Brüggemann** machte nochmals deutlich, dass es sich hierbei im Wesentlichen nicht um weniger Mittel pro Kind handele, sondern dass insgesamt weniger Kinder vorhanden seien und damit auch weniger Kosten anfallen. Für weitere Ausführungen verwies Herr Brüggemann auf den Kindergartenbedarfsplan, aus dem dann im Sommer 2005 neue Ziele zu erarbeiten seien.

Frau **Dyduch** bat dann zur Abstimmung, ob die genannten drei Produkte wie vorgestellt im NKF-Haushalt Berücksichtigung finden sollten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.

Einrichtung von Not-/Hilfe-Inseln für Kinder im Stadtgebiet
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Mann** erläuterte den Antrag der SPD und stellte den Prüfantrag, ob entsprechende Strukturen geschaffen werden können.

Frau **Möller** sah den Antrag positiv, brachte aber ihr Bedauern zum Ausdruck, dass ein solcher Antrag überhaupt nötig sei. Schließlich sollte Hilfsbereitschaft für alle selbstverständlich sein. Es schloss sich die Frage an, ob nicht eine Ausweitung auf andere Personengruppen möglich sei.

Herr **Ritter** gab zu bedenken, dass dann der Name „Not-/Hilfe-Insel für Kinder“ ebenfalls geändert werden müsse.

Herr **Brüggemann** erinnerte an Bemühungen anderer Kommunen in gleicher Sache und stellte ein plakatives, gleich gestaltetes, übergreifendes Logo als äußerst wichtig dar, von dem sich auch wirklich alle angesprochen fühlen.

Herr **Klanke** machte deutlich, dass die Anforderungen an die Ansprechpartner nicht zu hoch sein dürften. Man müsse erst einmal die Bereitschaft wecken und nicht gleich durch übertriebene Qualitätsanforderungen abschrecken. Es ginge ja schließlich in erster Linie um kleinere Probleme wie z.B. Bus verpasst oder kein Geld zum telefonieren.

Herr **Krampe** gab zu bedenken, dass die Zielgruppe sich aus persönlicher Schüchternheit wahrscheinlich gar nicht traut, dieses Angebot in Anspruch zu nehmen. Wer Hilfe braucht, der wird sich auch ohne diese Aktion an andere wenden und sich helfen lassen. Kinder, die z.B. gehänselt oder von anderen Kindern „gequält“ werden, sind in der Regel so eingeschüchtert, dass sie noch nicht einmal zu ihren Eltern gehen, geschweige denn zu Fremden. Damit wäre eine sog. Not-Insel für Kinder überflüssig, weil sie nicht genutzt würde.

Herr **Klanke** bat den Antrag und dessen Auswirkungen nicht zu komplizieren. Er vertraue bei der Ausführung sowohl den Geschäftsleuten als auch der Stadtverwaltung, dass sie das Richtige tun.

Anschließend wurde über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.

Tagesbetreuungsausbaugesetz
hier: Sachstandsbericht

Herr **Brüggemann** ging auf das Tagesbetreuungsausbaugesetz ein und stellte als wesentliches Szenario das erforderliche Platzangebot für Kinder unter 3 Jahren heraus. Dazu müssten mit großer Sorgfalt entsprechende Bedarfskriterien erarbeitet werden. Natürlich seien auch intensive Gespräche mit den Trägern nötig. Ein tieferer Einstieg in das Gesetz sollte an dieser Stelle mit Blick auf den Kindergartenbedarfsplan unterbleiben.

Herr **Ritter** stellte unter Hinweis des gesetzlichen Auftrages und des politischen Wunsches zwei Möglichkeiten vor, bei der man sich zum einen im Rahmen des GTK bewegen und Gruppen in den Kindertagesstätten integrieren könnte. Zum anderen wäre auch ein System mit anderen Strukturen denkbar, wie es z.B. mit den bereits bestehenden Wichtelgruppen praktiziert wird.

Frau **Möller** wollte unter dem Hinweis, dass für unter 3-jährige Kinder zurzeit kein Angebot besteht, wissen, ob es diesbezüglich Elternabfragen gegeben habe.

Herr **Brüggemann** stellte mit Blick auf die hereinwachsenden Jahrgänge fest, dass es sehr wohl eine Betreuung in dieser Richtung gebe. Auch für jüngere Kinder würden nach entsprechender Erörterung einzelne Anträge in Absprache mit dem LWL bei entsprechend freier Kapazität genehmigt. Überdies nutze man in begründeten Fällen auch die Möglichkeit der Betreuung in einer Tagespflegestelle.

Frau **Scharrenbach** stellte am Ende eines regen Wortwechsels über Wünsche und tatsächliche Bedarfe die Diskussionsfreudigkeit fest, bat aber auch hierbei den Entwurf des Kindergartenbedarfsplanes abzuwarten.

Zu TOP 10.

Offene Ganztagsgrundschule
hier: Sachstandsbericht

Herr **Brüggemann** berichtete, dass an den 6 Grundschulen aktuell 172 Schüler in jeweils einer Gruppe im offenen Ganztags betreut werden. Die gewollte Trägervielfalt sei mit der Arbeiterwohlfahrt, der ev. Kirchengemeinde und dem KreisSportBund Unna gegeben. Das Mittagessen werde derzeit von den Firmen Sehl und Apetito angeboten.

Die vorliegenden pädagogischen Konzepte der Schulen wurden unter der Beteiligung der Schulmitwirkungsgruppen erarbeitet und werden auch unter Beachtung der jeweiligen Schulspezifika evaluiert.

Für das Jahr 2005 sei, so Herr Brüggemann, eine Trägerbesprechung geplant, bei der auch Gesichtspunkte eines gegenseitigen Austausches des Personals erörtert werden soll.

Die Ferienbetreuung werde auch weiterhin, ggf. stadtteilübergreifend durch eine Kooperation der Träger, gewährleistet.

Abschließend berichtete Herr Brüggemann, dass eine im Rahmen der Bedarfsabfrage mögliche Einrichtung der Offenen Ganztagschule an der Schule in der Mark und der Sonnenschule in Kooperation mit dem Kreis Unna erfolgen werde, wobei der Kreis Unna als Eigentümerin des Schulgebäudes federführend sein müsse.

Herr **Ritter** wies auf Probleme mit der Ferienregelung seitens der Kirche hin. Es wären nur 3 - 4 Kinder angemeldet, welches zu finanziellen Schwierigkeiten führe, da es sich einfach nicht rechne, Personal für so wenige Teilnehmer vorzuhalten. Hierzu bestünde noch Gesprächsbedarf, welcher auch bei einer Besprechung am 17. Dezember 2004 im Rathaus Berücksichtigung finden sollte.

Herr Ritter machte auch auf die besonderen Probleme der Kirche wegen der Besoldung aufmerksam, da sie an den BAT gebunden sei und somit nicht unerhebliche Personalkosten verzeichnen würde.

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

11.1 Mitteilungen der Verwaltung

11.1.1 Herr **Peske** gab die Namen der gewählten Jugendschöffen aus Kamen bekannt.

Als Hauptschöffen für die Jugendkammern des Landgerichts Dortmund wurden aus Kamen gewählt:

Dr. Petra Kleinz, Max-Born-Str. 4, Kamen

Als Hauptschöffen für das Jugendschöffengericht Unna wurden gewählt:

Martina Hacheney, Lünener Str. 157, Kamen
Angelika Burgemeister, Germaniastr. 9, Kamen
Detlef Maidorn, Heidestr. 9, Kamen
Rüdiger Plümpe, Südkamener Str. 59, Kamen
Michael Wrobel, Markt 10 a, Kamen

11.1.2 Herr **Dunker** gab bekannt, dass das Projekt „Jugendhilfestrategien 2010“ mit dem Thema „Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2010“ nunmehr nach drei Jahren abgeschlossen ist. Unter der wissenschaftlichen Begleitung des Instituts für Soziale Arbeit in Münster waren die Städte Bielefeld und Kamen und die Kreise Coesfeld und Lippe beteiligt.

Der Abschlussbericht wird zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung verteilt.

- 11.1.3 Herr **Peske** gab bekannt, dass am 01.01.2005 das „Gesetz zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes“ in Kraft tritt. Da eine entsprechende Informationsveranstaltung des LWL vom 14.12.2004 auf den 18.01.2005 verschoben wurde, wird die Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen aufgegriffen.
- 11.1.4 Herr **Dunker** verteilte an alle Ausschussmitglieder den Jahresbericht 2003 der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern der Städte Bergkamen und Kamen.
- 11.1.5 Herr **Brüggemann** ging auf die Sprachkurse u.a. als Wochenendangebot in Kamen, z.B. an Schulstandorten mit dem Hinweis ein, dass die Verwaltung dies im Detail mit dem „Förderverein Jugend“ erörtern werde, der mit Bündelungsfunktion auch Anbieter derartiger Strukturen werden solle.
- 11.2 Anfragen
- Anfragen ergaben sich nicht.

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer